



Rat der
Europäischen Union

139842/EU XXVII. GP
Eingelangt am 05/05/23

Brüssel, den 4. Mai 2023
(OR. en)

Interinstitutionelles Dossier:
2022/0277(COD)

8680/1/23
REV 1

JUR 283
AUDIO 36
CODEC 685
DIGIT 78
MI 320
DISINFO 23
FREMP 119
COMPET 352
EDPS 6
DATAPROTECT 114
JAI 502
SERVICES 16
POLGEN 38

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.: Verordnung über das Europäische Medienfreiheitsgesetz
– *Orientierungsaussprache*

Nach Anhörung der Gruppe „Audiovisueller Sektor und Medien“ hat der Vorsitz das beiliegende Hintergrundpapier ausgearbeitet, das als Grundlage für die Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) am 15./16. Mai 2023 dienen soll.

**Orientierungsaussprache auf Ministerebene auf der Tagung des Rates (Bildung, Jugend,
Kultur und Sport)**

(Kultur, Audiovisuelles und Medien)

Das Europäische Medienfreiheitsgesetz (EMFA)

Brüssel, den 16. Mai 2023

Das Thema der Orientierungsaussprache auf Ministerebene, die während der Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) im Bereich Kultur, Audiovisuelles und Medien (Brüssel, 16. Mai 2023) stattfinden wird, ist der Vorschlag für ein Europäisches Medienfreiheitsgesetz (EMFA).¹

Der Fortschrittsbericht² über den Stand der Vorbereitung des Standpunkts des Rates zum EMFA bietet den Delegationen eine Einschätzung des Vorsitzes über die bisherige Entwicklung der internen Verhandlungen. Er bildet auch den Ausgangspunkt für die Orientierungsaussprache auf Ministerebene, bei der die Ministerinnen und Minister um eine Orientierung zu den Fragen ersucht werden, die für ein Mandat des AStV geklärt werden müssen.

Die einzigartige Rolle unabhängiger Mediendienste bei der Bereitstellung von Meinungsvielfalt und verlässlichen Informationsquellen für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen ist ein wichtiger Ausgangspunkt für jede Diskussion über das EMFA. Der Vorsitz bittet die Ministerinnen und Minister, sich dazu zu äußern, wie das EMFA mit den vorgeschlagenen Änderungen, die bisher in den vorbereitenden Beratungen geprüft worden sind, zu einem besseren Funktionieren des Binnenmarkts für Mediendienste in der EU beitragen könnte. Dies könnte Überlegungen darüber umfassen, wie die Medienfreiheit und die redaktionelle Unabhängigkeit in der Union unter Wahrung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten gestärkt werden könnten.

¹ Dok. 12413/22

² Dok. 8679/23

Vor diesem Hintergrund schlägt der Vorsitz folgende Fragen als Anregung für Beiträge vor:

1. Welche Teile des Vorschlags sind am wichtigsten, um den Mediensektor zu stärken und die Medien und Journalistinnen und Journalisten dabei zu unterstützen, ihre Tätigkeiten unabhängig auszuüben?
2. Kann der Vorschlag den neuen Rechtsrahmen für digitale Märkte und digitale Dienste so ergänzen, dass ein besseres Gleichgewicht zwischen neuen Online-Diensten und der Medienbranche, die Inhalte produziert, geschaffen wird? Die zu prüfenden Bestimmungen könnten unter anderem die Anforderungen an Plattformen umfassen, Medieninhalte oder die Anpassung des audiovisuellen Medienangebots besonders zu berücksichtigen.
3. Welche ist aus Ihrer Sicht die wichtigste Frage, die noch geklärt werden muss, bevor im Rat eine Gesamteinigung erzielt werden kann?

Die Ministerinnen und Minister werden ersucht, sich gegebenenfalls mit diesen Fragen zu befassen und/oder andere Fragen im Zusammenhang mit dem EMFA anzusprechen, die sie gerne vorbringen möchten. Die Ministerinnen und Minister werden ersucht, ihre Beiträge auf höchstens 3 Minuten zu beschränken.
